

Weiterbildung als Mittel gegen Mutlosigkeit

15. Volkshochschultag, Leipzig, 20./21. Juni

BRIGITTE BOSCHE (DIE)

Unter dem Titel »VHS 2030: Zusammen in Vielfalt. Nachhaltig. Vernetzt« lud der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) zum europaweit größten Weiterbildungskongress nach Leipzig ein, der coronabedingt um ein Jahr verschoben worden war. Das Leitmotiv des Volkshochschultages wurde über einen Baum visualisiert, dessen starke Wurzeln die mehr als 100-jährige Geschichte der Volkshochschule symbolisieren und dessen Äste die Titelthemen halten – ein Plakat mit diesem Motiv traf im Nachgang der Veranstaltung auf große Nachfrage und kann beim DVV bestellt werden.

An zwei Tagen diskutierten etwa 1.000 Teilnehmende aus den Volkshochschulen und ihren Verbänden sowie Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Weiterbildung und Gäste aus Partnerländern des Instituts für internationale Zusammenarbeit des DVV über Herausforderungen der Zukunft. In verschiedenen Foren und Podiumsdiskussionen ging es darum, wie die Weiterbildung wirksam dazu beitragen kann, den Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft zu festigen und die Demokratie zu stärken, die breite Bevölkerung zur digitalen Teilhabe zu befähigen und für die Dringlichkeit einer nachhaltigen Lebensweise zu sensibilisieren.

Angesichts vielfältiger gesellschaftlicher und globaler Krisen haben die Volkshochschulen die Aufgabe, Veränderungen zu gestalten und Handlungsfähigkeit herzustellen, sagte die Präsidentin des Volkshochschultages, Annegret Kramp-Karren-

bauer, in ihrer Eröffnungsrede. »Weiterbildung ist das beste Mittel gegen Mutlosigkeit«. Die Weiterbildung in den Volkshochschulen als Zeitvertreib und Freizeitvergnügen abzuwerten, nannte Kramp-Karrenbauer despektierlich und unangemessen.

Im Gespräch zwischen dem Präsidenten des DVV, Martin Rabanus, und Annegret Kramp-Karrenbauer forderten beide die Abschaffung der Umsatzsteuer auf VHS-Kurse und eine diesbezüglich klare gesetzliche Grundlage. So gebe es in den Kommunalverwaltungen große Unsicherheit, ob Teile des Angebots von den Finanzbehörden als umsatzsteuerpflichtig bewertet werden könnten oder nicht. Ebenso forderten Rabanus und Kramp-Karrenbauer eine Initiative für digitale Weiterbildung.

An beiden Tagen betonten Politikerinnen und Politiker mehrfach die herausragende Rolle, die die Volkshochschulen bei der Integration von Menschen mit Fluchtgeschichte und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten. Die Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Reem Alabali-Radovan, richtete einen Ausblick auf Änderungen in der Integrationspolitik, die allen Zugewanderten Zugang zu Bildung ermöglichen will, unabhängig von Aufenthaltsstatus und Bleibeperspektive. Ebenso plante der Bund, Integrationskurse besser auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden auszurichten, bürokratische Hürden abzubauen und die Honora für Kursleitende in diesem Bereich anzuheben. Die Ministerin will sich für eine stärkere Vielfalt auch bei der Verwaltung einsetzen, ein Anspruch, den auch die Volkshochschulen an sich richten und den sie auf alle Tätigkeitsfelder ausweiten wollen. Das neue Demokratiefördergesetz, das der Bund noch in diesem Jahr verabschieden will, soll dazu beitragen, den gesellschaftli-



Julia von Westerholt, Direktorin des dvv, bei der Eröffnung des Volkshochschultages 2022.
© Sandrino Donnhauser

chen Zusammenhalt zu stärken. Mit dem Gesetz soll es möglich sein, die politische Bildung an Volkshochschulen weiter auszubauen und dauerhaft zu etablieren. Dies erklärte die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus, die dem Volkshochschultag live aus Berlin zugeschaltet war.

Zum Abschluss der Veranstaltung beschrieb die Ehrenpräsidentin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Prof. Dr. Rita Süssmuth, ihre Eindrücke vom Volkshochschultag. Aus ihrer Sicht habe der Tag sehr viel positive Energie ausgestrahlt, statt Resignation nimmt sie viel Ermutigung wahr. Für ihr entschlossenes Plädoyer unter dem Titel »Keine Zeit mehr, abzuwarten« erhielt sie stehende Ovationen. Anknüpfend an das Motto des Volkshochschultages blickte sie abschließend in die Zukunft: »Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Wie schaffen wir Zugehörigkeit in Vielfalt?«

Niemand wird zurückgelassen

CONFINTEA VII, Marrakesch, 15.–17. Juni 2022

SUSANNE LATTKE (DIE)

Eine Konferenz, die nur alle 12 Jahre stattfindet, ist etwas Besonderes. Im Juni war es wieder so weit: Die UNESCO hatte zur siebten Ausgabe der Weltkonferenz zur Erwachsenenbildung (CONFINTEA) nach Marrakesch eingeladen. Erstmals war auch eine reine Online-Teilnahme möglich. Die technische Organisation inklusiver simultaner Übersetzung in alle sechs UNESCO-Amtssprachen funktionierte dabei bemerkenswert reibungslos.

Als Regierungskonferenz dient die CONFINTEA in erster Linie der politischen Willensbildung. Die Teilnahme ist nicht offen, sondern Regierungsdelegationen sowie Vertretern ausgewählter Nichtregierungsorganisationen vorbehalten (die Autorin nahm für das DIE als Mitglied der deutschen Delegation online an der Konferenz teil). Höhepunkt der diesjährigen Konferenz war die Verabschiedung des »Marrakech Framework for Action« (MFA), welches für die kommende Dekade den gemeinsamen Rahmen für bildungspolitisches Handeln absteckt. Das MFA bohrt erkennbar dicke Bretter: (Erwachsenen-)Bildung wird als grundlegendes Menschenrecht bekräftigt, die 142 beteiligten Regierungen bekennen sich zu einer Vielzahl ambitionierter Ziele und weichen dabei selbst der Gretchenfrage nicht aus: Ausdrücklich verpflichten sie sich, die öffentlichen Finanzen für die Erwachsenenbildung zu erhöhen. Auch wenn abzuwarten bleibt, was von all diesen Selbstverpflichtungen Realität wird,

stellt schon die Aufnahme derartiger Ziele in das formale Abschlussdokument einen politischen Gewinn für die Erwachsenenbildung dar.

Erarbeitet wurde das »Marrakech Framework« in langwierigen Debatten bereits im Vorfeld der Konferenz. Auf der Konferenz selbst wurde nicht mehr verhandelt, sondern ein dichtes Programm an Präsentationen und Statements zu einer Fülle von Themen geboten. Fast alle dieser Themen – prominent vertreten waren insbesondere Digitalisierung und Klimawandel – waren unmittelbar an den deutschen Diskurs anschlußfähig. Man gewann so erneut den Eindruck einer globalen Gemeinschaft, deren Mitglieder alle mit ganz ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind.

Zu vertieftem inhaltlichen Austausch kam es indes kaum. In den Plenarsitzungen verhinderte dies schon die organisatorische Rahmung: Jede individuelle Einlassung musste vor der jeweiligen Sitzung schriftlich angemeldet werden. Spontane Reaktionen auf die dargebotenen Präsentationen waren so praktisch ausgeschlossen. Die Sitzungen gerieten denn auch überwiegend zur Leistungsschau: Die vorgesehenen Rednerinnen und Redner präsentierten innovative Errungenschaften ihrer Länder; die sich per Voranmeldung zu Wort meldenden Delegierten taten dasselbe. Als Zuhörerin konnte man auf diese Weise immerhin die eine oder andere Anregung mitnehmen. Möglichkeiten zur Diskussion gab es in gewissem Umfang zudem in den zahlreichen parallelen Themenworkshops.

Allgegenwärtig war an den drei Konferenztagen das Titelmotto des 4. Weltberichts zur Erwachsenenbildung (2019): »Leave no one behind«. Erwartbar funktionierte es zumeist als eine keiner näheren Ausführung bedürfende Konsensformel, doch

punktuell konnte es auch die eine oder andere Irritation auslösen. So etwa, als jemand im Chat den Fokus auf Ärmere und Marginalisierte im Zusammenhang mit Umweltbildung kritisierte: Schließlich hätten die Mittelschichten und Eliten mit ihrem schädigenden Lebensstil eine solche Bildung nötiger. Progressiv gesinnte Teilnehmer werden diese Interpretation von »leave no one behind« wohl zustimmend zur Kenntnis genommen haben. Eher unangenehme Assoziationen rief dagegen bei der Autorin dieses Beitrags ein anderer Fall hervor: als ein chinesischer Regierungsvertreter im Plenum die digitalen Bildungsprogramme seines Landes für Ältere und marginalisierte Gruppen präsentierte und anschließend die Moderation emphatisch die Anstrengungen Chinas, »niemanden zurückzulassen«, als vorbildlich und nachahmenswert pries. – Manchmal wäre es wohl die bessere Option, in Freiheit vor staatlichem Zugriff »zurückgelassen« zu werden.

→ WWW.UIL.UNESCO.ORG/EN/ADULT-EDUCATION/CONFINTEA/SEVENTH-INTERNATIONAL-CONFERENCE-ADULT-EDUCATION-CONFINTEA-VII?HUB=39

Ein notwendiger erster Aufschlag

OER-Strategie des BMBF
vorgestellt, Frankfurt a.M./
hybrid, 29. Juli 2022

JAN KOSCHORRECK (DIE)

Die OER-Strategie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), die der parlamentarische Staatssekretär Dr. Jens Brandenburg, MdB, Ende Juli vorstellte, wurde 2021 in einem zweistufigen Konsultationsverfahren entwickelt und soll in den kommenden Jahren als Grundlage für die Entwicklung von Konzepten für verschiedene Herausforderungen in Verbindung mit offenen Bildungsmaterialien dienen. Ziele sind neben der Schaffung von systematischen Anreizen zur Erstellung und Nutzung von Open Educational Resources (OER) auch die Förderung einer entsprechenden Kultur der Offenheit, Zusammenarbeit und des Teilens inklusive der notwendigen Technologien und Veränderungen auf institutioneller Ebene. Dazu definiert die Strategie sechs Handlungsfelder, namentlich:

1. OER-Kompetenz pädagogischer Fachkräfte verankern und aufbauen
2. Neue Kooperationen entwickeln: Von OER zu Open Educational Practices (OEP)
3. Technische Grundlagen und Strukturen für OER und OEP etablieren
4. Innovation und lernortübergreifende Bildung mit OER unterstützen
5. OER mit nutzerzentrierter, anwendungsorientierter und netzender Forschung begleiten
6. Umsetzung: Initiativen und Akteure digital unterstützter OER-Praxis zusammenführen

Vorbehaltlich der Zustimmung des Bundestages soll es in Anlehnung an diese Handlungsfelder mehrere Förderbekanntmachungen für entsprechende Projekte geben, mit einem Gesamtvolumen von 16 Mio. Euro bis zum Ende der Legislaturperiode 2025. Eine erste Förderbekanntmachung stellte er für den Herbst 2022 in Aussicht. Brandenburg betonte mit Blick auf diese Zahlen, dass die Strategie nicht nur Worte auf Papier sei; außerdem würde sie ganz im Sinne des OER-Gedankens zukünftig in einem partizipativen Prozess fortlaufend angepasst – ein notwendiges Unterfangen, wie die Details zeigen:

Aus Sicht der Erwachsenen- und Weiterbildung ist die Strategie des BMBF begrüßenswert. OER haben sich als Standard im Lernen noch lange nicht durchgesetzt. Bei der Lektüre der Strategie stellt sich jedoch eine gewisse Ernüchterung ein: Das Wort Erwachsenenbildung kommt im Text nicht vor, der Begriff Weiterbildung ausschließlich im Zusammenhang mit dem OER-Kompetenzaufbau bei pädagogischen Fachkräften. Lediglich die Volkshochschulen werden in einem Satz zum Potenzial von OER für communal getragene, non-formale Bildung erwähnt. Gerade für den Bereich der Weiterbildung mit der speziellen Konfiguration von öffentlich finanzierten und kommerziellen Anbietern wären hier konkretere Ausformulierungen insbesondere in den Handlungsfeldern 2 und 4 sinnvoll und notwendig.

Zudem bleibt der Bereich der Unterstützung in juristischen Fragen in der Strategie außen vor. Dabei zeigt die Erfahrung aus der OER-Praxis, dass – obwohl die gängigen CC-Lizenzen den Umgang mit urheberrechtlichen Fragen vereinfachen – bei der Erstellung und Veröffentlichung in der Praxis immer wieder Details auftauchen, die eine

entsprechende Einschätzung verlangen: sei es bei der Öffnung von bestehenden Materialien, die ursprünglich nicht als OER konzipiert waren, oder beim (Re-)Mix von vorhandenen Werken mit und ohne freie Lizenz. Diese juristische Beratung können und dürfen OER-Expertinnen und -Experten in aller Regel nicht leisten. Die Einrichtung einer kostenfrei nutzbaren Clearingstelle ist meines Erachtens deshalb absolut überfällig, aber nicht Teil der vorgestellten Strategie.

Zudem ist die Ausformulierung der Handlungsfelder bisweilen stark auf einen Bildungsbereich konzentriert, bleibt aber in den Formulierungen vage und unkonkret. In diesem Stadium ist das vielleicht nicht immer ganz zu vermeiden, jedoch mindern solche Formulierungen den Orientierungswert für die Bildungspraxis unabhängig vom Bildungsbereich erheblich – und erschweren aus meiner Sicht die Umsetzung in der Breite. Es bleibt zu hoffen, dass die kommenden Förderbekanntmachungen zum Thema OER entsprechende Konkretisierungen vornehmen, die dann wieder in die Überarbeitung der Strategie einfließen. Spannend ist in diesem Zusammenhang die Frage, ob sich zukünftige Konsultationen von OER-Expertinnen und -Experten nicht nur auf die Strategie, sondern auch auf die Formulierung dieser Ausschreibungen erstrecken werden. So bleibt am Ende die Feststellung, dass die OER-Strategie des BMBF ein notwendiger erster Aufschlag ist, der als durchaus bemerkenswert gelten darf, der aber auch viel Potenzial verschenkt.

Im Doppelpack – Verzahnung von Sprach- und Fachlernen

Fachkongress »Neue Wege in der berufsqualifizierenden Sprachförderung«, Frankfurt am Main, 23. & 24. Mai 2022

SABINE SCHWARZ

Rund 400 Teilnehmende fanden sich zum 4. Kongress zur berufsqualifizierenden Sprachförderung in den Räumlichkeiten der IHK Frankfurt am Main ein. Der Gewinn des Europapokals der Eintracht Frankfurt lag erst wenige Tage zurück – kurze Bemerkungen, etwa zu kollektiver Mannschaftsleistung oder zum Erreichen von Außergewöhnlichem, zogen sich als erheiternde Einsprengsel in vielen Wortbeiträgen durch die beiden Kongresstage. Dabei wurde die Relevanz des Themas – weniger heiter – bereits in den beiden Eröffnungsreden deutlich. Bundestagsvizapräsidentin Aydan Özoguz und der hessische Minister für Soziales und Integration, Kai Klose, betonten u.a. die arbeitsmarktpolitische Bedeutung einer berufsqualifizierenden Sprachförderung zur Gewinnung von Fachkräften bei bundesweit aktuell ca. 558.000 offenen Stellen in ca. 70 Arbeitsbereichen.

Die Keynote der Veranstaltung übernahm Dr. Thomas Liebig, Chefökonom der OECD, Paris. Er richtete einen international vergleichenden Blick auf Ansätze der beruflichen Sprachförderung und resümierte, dass diese durchaus erfolgreich, aber eben aktuell auch noch in vielen Ländern unterentwickelt seien. Ein frühzeitiger Arbeitsmarktbezug bei der Sprachförderung, so Liebig, erfordere Investitionen, Raum für Innovationen (etwa Mentorenprogramme) und zu-

künftig auch einen stärkeren Einbezug von Unternehmen. Dass die berufsqualifizierende Sprachförderung kein abstraktes Konzept, sondern in Hessen bereits in Bildungspolitik und -praxis angekommen ist, zeigten Dr. Christian Mittermüller, Leiter des Referats »Hessische Arbeitsmarktförderung«, und Prof. Dr. Jörg Roche vom Institut für Deutsch als Fremdsprache der Universität München in ihrem gemeinsamen Vortrag auf. Sie wiesen darauf hin, dass im neuen Europäischen Sozialfonds+ (ESF+) eine Programmlinie namens »Berufsqualifizierende Sprachförderung Plus (BQS+)« eingerichtet werden soll, die Bildungsträgern die Möglichkeit biete, Maßnahmen zu entwickeln, die Sprachförderung und Arbeitsmarktintegration miteinander verzahnen. Die Idee: Qualifizierung und Sprachförderung sollen nicht länger voneinander getrennte Sphären sein, sondern sich gegenseitig bedingen und miteinander gedacht werden.

Barbara Wagner, die Geschäftsführerin der GFFB gGmbH, die für die Planung und Organisation des Kongresses verantwortlich war, knüpfte in ihrem kurzen Impuls an die Beiträge ihrer Vorrednerinnen und Vorredner an. Sie weitete dabei den Blick auf unterschiedliche Zielgruppen, die jeweils andere Voraussetzungen mitbringen, die bei der Angebotsentwicklung berücksichtigt werden müssen. So ist es etwa ein Unterschied, ob langjährig in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten mit nicht ausreichenden deutschen Schriftsprachkenntnissen ein berufsbegleitendes Sprachförderangebot besuchen oder ob es sich um neu zugewanderte Fachkräfte handelt, die in den deutschen Arbeitsmarkt einmünden wollen. Grundsätzlich unterteilt Wagner dabei Angebotsformate in die drei Handlungsfelder »berufsorientierende«, »berufsqualifizierende« sowie »berufsbegleitende« Sprachförderung.

Im Anschluss berichteten ehemalige Umschülerinnen der GFFB von ihren Erfahrungen mit der berufsqualifizierenden Sprachförderung. Marion Freddy Krämer ergänzte diese Erfahrungen aus der Perspektive des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands. In dieser Branche werden händeringend Fachkräfte gesucht, und der Sprachförderbedarf gehöre, so Krämer, durchaus mit in den Verantwortungsbereich auch der Betriebe. In fünf Foren wurden zentrale Themen rund um die berufsqualifizierende Sprachförderung vertieft. Schwerpunkte waren dabei etwa das digitale Lehren und Lernen sowie Möglichkeiten durch Virtual Reality, aber auch »Berufsqualifizierendes Sprachenlernen im Betrieb«.

Am zweiten Kongressstag nutzten 220 Personen das Angebot von 21 Workshops. Vorgestellt wurden u.a. branchenorientierte Konzepte, Möglichkeiten der sprachlichen Qualifizierung in Betrieben sowie unterschiedliche Angebotsformate integrierten Fach- und Sprachlernens. Der 4. Kongress verdeutlichte die Relevanz der berufsqualifizierenden Sprachförderung vor allem im Kontext von Fachkräftegewinnung und Arbeitsmarktpolitik. Dabei zeigte sich, dass nur eine Mannschaftsleistung (um im Fußballbild zu bleiben) mit vielen engagierten und aus unterschiedlichen Disziplinen und Institutionen stammenden Akteurinnen und Akteuren dazu führen kann, möglichst vielen Menschen Zugänge zu Sprache und Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Eine ausführliche Dokumentation des Kongresses findet sich unter

→ WWW.GFFB.DE/TERMINE/VERANSTALTUNGEN/DOKUMENTATION-FACHKONGRESS-2022